

Die Sanitätswarte

**Zeitschrift für das Personal in Kranken-, Pflege- und Irren-Anstalten
Kliniken, Sanatorien, Bade- und Massage-Instituten, Seebädern
Beilage zur „Bewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter**

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16,
Wasserbauener Straße 15.
Vornsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 3105/06
Redakteur: Emil Dittmer.

Reichsaktion:
„Gesundheitswesen.“

Erscheint wöchentlich, Freitags.
Bezugspreis: vierteljährlich durch
die Post (ohne Bestellgeld) 3 Mark.
Vornsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 3105/06

Rufen auf!

Betriebs-, Haus- und Pflegepersonal in den Landes- und Provinzialanstalten!

Ein Teil besonders der leitenden Ärzte führt, wie die „Sanitätswarte“ des öfteren gezeigt hat, einen erbitterten Kampf gegen unsere Organisation. Die Anstalts- und Beamtenvereine, die bis zur Revolution wie die Pest ruften waren, kommen den Anstaltsleitungen jetzt gerade recht, um ihren Interessen als Bollwerk gegen die einheitliche Organisation des Anstaltspersonals zu dienen. Draußen auf dem Lande, wo die Anstalten zumeist liegen, ist man krampfhaft bemüht, die alte Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Das Bild ist das gleiche in Ost und West, in Nord und Süd. Dem Anstaltspersonal wird der Eintritt in unsere Organisation verweigert. Allen Gesetzen zum Trotz weigert man sich hier und da, die gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitszeit, Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse anzuerkennen. Wo man mit der Gewalt nichts erreichen kann, sucht man das Personal in Uneinigkeit zu bringen. Je mehr Standes-, Berufs- und Beamtenvereine, je verschiedenartiger die Organisationszugehörigkeit des Betriebs-, Haus- und Pflegepersonals gestaltet ist, um so leichter ist das Personal zu regieren. Viele der Anstaltsleiter glauben durch das Teilen zum Herrschen zu kommen. Wenn aber die Herren unter sich ihre ganz speziellen Interessen wahrnehmen, dann nehmen sie für sich einen anderen Standpunkt ein. In der Provinz Brandenburg haben die beamteten Irrenärzte am 19. Februar 1919 einen Verband der Ärzte an den brandenburgischen Landesanstalten gegründet. Diesem Verband sind alle Ärzte, auch die Direktoren, beigetreten. Was war der Anlaß zur Schaffung dieser Einheitsorganisation der Ärzte? Zum Teil das berechtigete Streben nach Verbesserung der eigenen Lage. Zum andern, und das ist sehr bezeichnend, die Furcht, daß sich das „untere“ Personal auf Kosten der Vorgesetzten besondere Vorteile erringe. Die Furcht ist sicher unbegründet, aber sie besteht. In einem Artikel der „Psychiatrischen-Neurologischen Wochenschrift“ Nr. 17/18, 21. Jahrg., wird folgende Behauptung aufgestellt: „Die höheren Beamten sehen sich angesichts der energischen Bestrebungen der Arbeiter und der „unteren“ Beamten und Angestellten zur Verbesserung ihrer Lage vielfach vor die Frage gestellt, . . . ob nicht vielleicht sogar auf ihre Kosten den unteren Beamten (u. s. w.) Vorteile entstehen.“ Man schreibt weiter: „Es ist zu verstehen, daß ein jeder Stand durch Vorbeugungsmaßnahmen dieser Gefahr zu begegnen versucht.“ Das einzige Mittel dagegen heißt Organisation. Wie diese Organisation aussehen soll, wird dann wie folgt dargelegt: „Zielbewußte und energische Organisation. Und zwar Organisation im strengsten gewerkschaftlichen Sinne: das heißt, eine jede

durch gemeinschaftliche Interessen, Ziele, Berufs- und Ausbildungsart verbundene Gruppe schließt sich möglichst restlos zusammen, stellt fest, was sie eint und was an Förderungen zur Verbesserung ihrer Lage nötig ist, und versucht dann, gestützt auf ihre Zahl und die Disziplin ihrer Organisation, gegenüber übergeordneten Instanzen und sie bekämpfenden anderen Ständen das erstrebte Ziel zu erreichen.“ Das sind Worte, die sich das Anstaltspersonal nur recht zu Herzen nehmen sollte. Mit den „sie bekämpfenden anderen Ständen“ ist aber nur das Anstaltspersonal gemeint. Die allgemeinen Erfolge unserer Organisation scheinen den Herren, als ob sie auf ihre Kosten errungen wurden. Das trifft in ideeller Beziehung zum Teil zu. Dann nämlich, wenn die Anstaltsärzte und Leitungen noch glauben zum Herrschen berufen zu sein. Von diesem Herrschaftspunkte müssen sie freilich ablassen. Das sollte den Ärzten, den geborenen Menschenfreunden, eigentlich nicht schwerfallen.

Dem Anstaltspersonal gegenüber wird die erfolgreiche Arbeit unserer Organisation freilich abgestritten. Aber hören wir sie reden, wenn sie unter sich sind. Es heißt: „Was haben die Pfleger an den einzelnen Anstalten wie in ganzen Landbestellen in wenigen Wochen nach der Revolution an Organisation und durch ihre Forderungen bei ihren vorgesetzten Behörden nicht schon erreicht? Gehaltsaufbesserungen, durch die sie die Gehälter jüngerer Ärzte erreichen oder gar über-treffen; Dienstverkürzung bis zum Achtstundentag; Verpflegungsbänderungen bis zur Einheitsverpflegung; Mitbestimmungsrecht in allen möglichen Fragen bis zur Abfertigung unbeliebter Vorgesetzter, und anderes mehr! Und wir selbst (die Ärzte), wir leben noch tatlos zu und lassen diese Änderungen womöglich noch auf unsere Kosten vor sich gehen. Weil man den Wünschen der unteren Angestellten besonders entgegenzukommen geneigt ist, werden wir weniger die Möglichkeit haben, unsere eigenen Standesinteressen zu fördern. Das kann (die Wahrnehmung eigener Interessen), so schreibt man weiter, nur auf dem Wege einer . . . Organisation geschehen, bei der also wir Ärzte (einschließlich der Anstaltsleiter D. Red.) uns in bewußtem Gegensatz zu den andern Angestellten zusammenschließen.“

Dieser Weg ist, wie ausgeplaudert wird, schon in den meisten deutschen Staaten beschritten worden. Der brandenburgische Ärzteverband der Provinzialheilanstalten veröffentlichte einen Aufruf zum Zusammenschluß der Einzelverbände und damit zur Gründung eines über das ganze Reich sich erstreckenden Zentralverbandes. Natürlich greift man gleich zu dem Mittel, von dem man behauptet, es sei ein wider-

Moral und Gesetz verstößendes, wenn das Personal es anwendet. Bei uns, wenn wir mit dem Jaunpfaß winken, heißt es Terrorismus. Bei den Ärzten heißt es „Standesbewußtsein, Standesehre und Korpsgeist wahren“. Das geschieht nach eigenem Rezept wie folgt: „Sorge ein jeder Verband dafür, daß alle Ärzte organisiert sind, daß keiner mehr unter uns geduldet wird, der sich nicht einer straffen Standesorganisation einfügt.“

Den starken Worten, denen sicher wohl auch Taten folgen, die sich gegen die Außenseiter richten, folgen ebensolche gegenüber den Behörden. Man erklärt, die Gesamtorganisation der Deutschen Irrenärzte ist eine Tatsache, deren Gewicht zu übersehen wohl keiner Behörde unbedenklich erscheinen würde.

In den Kreisen des Anstaltspersonals heißt es auf gut deutsch, daß man letzten Endes von den Kampfmitteln der Gewerkschaftsrefilios Gebrauch machen werde.

Dem gesamten Anstaltspersonal, besonders in den Landes- und Provinzialheilanstalten, rufen wir zu: Augen auf! Lernen wir auch von denen, die da glauben, sich uns feindlich gegenüberstellen zu müssen. Man soll uns freilich ehrlieh die Kehde anlagen, damit wir nicht nötig haben zu sagen: „Der Herr beschütze uns vor unsern Freunden, vor unsern Feinden werden wir uns selber schützen.“

Kolleginnen und Kollegen! Wenn Euch in den Anstalten von „Euren Freunden“ zugeredet wird: „Tretet nicht der dem

Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter angegliederten Reichssektion „Gesundheitswesen“ bei“, so bedenkt, welche Gründe für diese „Guten Ratsschlüsse“ maßgebend sind. Es gibt leider auch Kollegen genug, die sich zu solchen Diensten hergeben. Bedenkt, das Personal soll in alle möglichen und unmöglichen Vereine zersplittert werden. Dann glauben die Rufer im Streit unter den Ärzten mit Unterstützung dieses und jenes Landeshauptmanns die Macht unserer Organisation gebrochen zu sehen. Die Herren wollen von ihren Vorrechten nichts abgeben, auch wenn damit unsere Menschenrechte hintenangestellt werden. Gehaltsaufbesserungen, Achtstundentag, bessere Verpflegung, Mitbestimmungsrecht sind Dinge, die noch Anschauung einzelner Ärzte nur den Ärzten und Anstaltsleitern zustehen. Denn wenn wir das verlangen, so werden ihre Interessen gefährdet. Da ist es kein Wunder, daß man uns das gesetzlich zustehende Koalitionsrecht, das Recht, uns unserer Organisation anzuschließen, bis aufs Messer bekämpft.

Darum Augen auf, allen Widerkäuern zum Trotz, ob in Preußen oder im kleinsten thüringischen Staate, ob in Hinterpommern oder in Unterfranken, den Kampf um das Koalitionsrecht, um Anerkennung unserer Organisation müssen wir aufnehmen und siegreich bestehen. Freiwillige vor! Auf zur Verarbeitung für die Reichssektion „Gesundheitswesen“. Wenige tausend fehlen, um das erste halbe Hunderttausend aufzufüllen.

Diese Fehlenden müssen aus den Landes- und Provinzialheilanstalten zu uns stoßen.

Gemeindearbeiterverband oder religiöse und christliche Organisationen und Standesvereine.

In den Kreisen des Pflegepersonals herrschen wegen der Organisation zwei Ansichten. Die eine vertritt die Berufs-, die andere die Betriebsorganisation. Die Berufsorganisation, die früher von dem christlichen Verband, den religiösen Organisationen und den Standesvereinen repräsentiert wurde, umfaßt nur Schwestern, Pflegerinnen, Pfleger, Bademeister, Masseure, Labordanten. Die Betriebsorganisation, deren Vertreter unser Verband ist, umfaßt das gesamte Personal der Krankenanstalten, also auch Handwerker, Feizer, Hausdiener, Waschmädchen, Hausmädchen, Pförtner usw. Beleuchten wir nun diese beiden Arten der Organisation etwas näher, welche von beiden kann uns in materieller und ideeller Hinsicht die meisten Vorteile bieten?

Zuerst zu den Berufsorganisationen. Diese bestehen schon länger als die Betriebsorganisationen. Die Diakonievereinigungen z. B. waren Berufsvereinigungen, die, was Berufsausbildung, Allgemeinbildung, Eittlichkeit ihrer Mitglieder anbetraf, an erster Stelle standen. Dagegen in wirtschaftlicher Beziehung erreichten sie nichts. Es war selbstverständlich, daß der fromme Bruder oder die fromme Schwester Tag und Nacht, wenn nötig, für Essen und Trinken und für ein kleines Taschengeld arbeiteten, denn sie taten das zur Ehre Gottes, und dafür versprach man ihnen gern die ewige Seligkeit. Dann die weltlichen, christlich-nationalen Berufsvereinigungen. Deren Mitglieder zeichneten sich zum großen Teil nicht mehr durch die obengenannten guten Eigenschaften aus, weil sie nicht wie die Diakonen aus einem Lehrinstitut, in dem sie harz gestiebt wurden, hervorgingen, sondern weil sie ohne Berufsausbildung gänzlich neu in die Krankenpflege eintraten. Man verlangte von dem weltlichen Pflegepersonal nur eins: Anbessoltheit, das genügte, um auf die leidende Menschheit losgelassen zu werden. Die Löhne spotteten natürlich jeder Beschreibung. Es gab nur wenige Anstalten, die ihrem Pflegepersonal eine anständige Wohnung und Verpflegung zumachen ließen. Ausgenommen die Schwestern, die über Verpflegung und Wohnung wohl selten zu Klagen hatten. Nun haben zwar die christlich-nationalen Berufsvereinigungen versucht, in materieller wie ideeller Beziehung für ihre Mitglieder Fortschritte zu erzielen. Sie sind für Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung von Kost und Wohnung, obligatorische Berufsausbildung auf gesetzlicher Grundlage, Forderung der Allgemeinbildung und damit des ganzen Standes eingetreten. Und was haben sie erreicht? So gut wie nichts. Warum? Ein wesentlicher Faktor war der Umstand, daß so wenig Krankenpfleger und -pflegerinnen organisiert waren. Das Hauptübel aber: diese Berufsorganisationen waren und sind auch heute noch keine Kampforganisationen.

Sie versuchten durch Resolutionen Erfolge zu erzielen, aber das letzte Mittel, das einzige, um gerechte und notwendige Forderungen durchzudrücken, lehnten sie mit Entrüstung ab. Sie bedenken nicht, daß es sogar Ärzte für notwendig hielten zu streiken. Die Vorsitzende der „Freien Vereinigung für Krankenpflege“ (keine christliche Organisation) erklärte vor einiger Zeit in einer Versammlung, daß, wenn alle Verhandlungen scheiterten, bliebe immer noch die Flucht in die Öffentlichkeit, ein Artikel im Abendblatt würde die betreffende Verwaltung zum Nachgeben bewegen. O heilige Einfalt! Wenn Abendblattartikel sozial erwirken könnten, müßten wir schon den Himmel auf Erden haben. So wertvoll die Kritik der Presse ist, so reicht sie doch nicht immer aus, Mißstände zu beseitigen.

Wir kommen jetzt zur Betriebsorganisation. Die Betriebsorganisation, wie wir sie im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband haben, hat dem Pflegepersonal große Fortschritte in wirtschaftlicher Beziehung gebracht. Die Löhne sind durchschnittlich um 400 Prozent gestiegen und tariflich festgelegt worden. Weiter ist eine Urlaubsregelung, Regelung der Dienstzeit (Achtstundendienst), Einführung des Einheitslohnens in Groß-Berlin erzielt und gleichfalls tariflich festgelegt worden. Auch in ideeller Beziehung hat unsere Betriebsorganisation viel erreicht. Der abscheuliche Urlaubszwang während der dienstfreien Zeit ist gefallen und damit die persönliche Freiheit gewährleistet. Außerdem ist der Kost- und Logiszwang beseitigt. Für die Durchführung einer gründlichen und obligatorischen Berufsausbildung sind umfassende Vorarbeiten im Gange. Entscheidende Beschlüsse über diese und andere wichtige Fragen sind auf der Reichskonferenz für das Pflegepersonal in Jena gefaßt worden. Ferner wird durch den Ausbau der Sektion für „Gesundheitswesen“ im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband eine noch intensivere Interessenvertretung des Krankenpflegepersonals gewährleistet werden.

Man sage nun nicht etwa, daß oben angeführte Fortschritte Errungenschaften der Revolution seien. Wohl hat die Revolution uns die Wege geebnet, unsern Existenzkampf erheblich erleichtert, indem sie uns Koalitions-, Rede- und Pressefreiheit brachte, aber ohne unsere Betriebsorganisation würden wir uns nicht unserer heutigen Erfolge freuen. Beweis: In vielen Krankenanstalten im Reiche, dessen Personal noch nicht dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband angehört, herrschen heute noch vorrevolutionäre Zustände.

Warum liegt denn nun der Mißerfolg der Krankenpflege-Berufsorganisationen? Wie schon oben angeführt, ist der Hauptumstand der, daß die Berufsorganisationen keine Kampforgani-

sationen sind. Eine Organisation, die nicht bereit ist, im Notfalle auch das äußerste Druckmittel anzuwenden, wird nie nennenswerte Erfolge zeitigen. Manche Krankenpflege-Berufsorganisationen glauben im Notfalle an die Solidarität der Arbeiterschaft appellieren zu können. Welche Arbeiterorganisation würde sich wohl bereit finden, die Forderungen einer fremden, anders gerichteten Organisation zu den ihrigen zu machen, selbst die Arbeit niederzulegen zugunsten einer Organisation, die sich niemals ihrer Prinzipien wegen mit denen solidarisch erklären könnten, die für sie die Kastanien aus dem Feuer holen sollen. Und selbst wenn die Berufsorganisationen von ihrem Standpunkt abgehen sollten und im Notfalle streiken, würden sie auch damit kaum etwas erlangen, weil das Pflegepersonal durchweg nur ein reichliches Drittel des Krankenhauspersonals ausmacht, also ein wesentlicher Druck vom Pflegepersonal allein gar nicht ausgeübt werden kann. Das würde nur der Fall sein, wenn das gesamte Betriebspersonal mit dem Pflegepersonal gemeinsame Sache macht. Das werden sie mit Freuden nur dann tun, wenn das Pflegepersonal einer Organisation angehört, die freigewerkschaftlich ist. Darum ist es höchste Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, treu zu unserer Betriebsorganisation, dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband zu stehen. Jeder Versuch, eine Schwächung und Abspaltung von unserer Organisation herbeizuführen, muß abgelehnt werden. Auch unser Verband ist noch nicht vollkommen. Helfen wir darum jeder zu seinem Teil, die erforderlichen Mittel und Wege gangbar zu machen, damit wir unsere Ziele in materieller und ideeller Beziehung verwirklichen können. B. Herzog.

Der gelbe Fachverein bei der Landesversicherungsanstalt Schlesien.

Die Landesversicherungsanstalt Schlesien zählt schon vor dem Kriege zu den reaktionärsten ihrer Schwesteren. Diesen traurigen Ruf hat sie durch die Kriegszeit bis heutigen Tages beibehalten. Die freien Gewerkschaften sind dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt, vor allem dem Landrat v. Regat verhaßt.

Die Errungenschaften der Revolution und die damit verbundenen gesetzlichen Garantien der Koalitionsfreiheit, wurden den niederen Angestellten systematisch unterbunden. Unter dem Deckmantel einer Wirtschaftsorganisation, die zu Ende der Kriegszeit als Lebensmittelschaffungsverein — die Angestellten nennen es Warmeladenverein — gegründet wurde, fing man das Treiben gegen die freien Gewerkschaften an. Die Vertretung der Arbeiter durch den Arbeiterausschuß ist nur Dekoration. Bestimmen

tut Herr v. Regat. Um den Obleuten die Tätigkeit zu unterbinden, macht man sie zu Beamten. Nachdem sich das Personal im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert hatte, wurde es einzeln in das Amtszimmer des Herrn v. Regat gerufen und gefragt, zu welchem Zweck das geschehe, da sie doch schon in der Gewerkschaft seien.

Wie diese Gewerkschaft aussieht, davon einige Proben. Vor uns liegt ein Statutenentwurf des gewerkschaftlichen Fachvereins der Landesversicherungsanstalt Schlesien, der das Interesse des deutschen Arbeiterchaft erwecken muß. Es heißt:

„Der Fachverein hat seinen Sitz in Breslau und hat den Zweck, die rechtlichen, beruflichen, wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder gewerkschaftlich zu vertreten und zu fördern. Der Fachverein ist insbesondere eine Einrichtung, die der Verständigung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen dient und auf einen Ausgleich etwa bestehender Gegensätze hinzuwirken hat. Er ist Mitglied des Verbandes der Landesversicherungsbeamten Deutschlands und dadurch dem deutschen Beamtenbunde angeschlossen.“

§ 4. Die Aufnahme ist bei dem Vorstande schriftlich zu beantragen und dabei zu erklären, ob und welcher anderen Organisation der Bewerber angehört. Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme mit Stimmenmehrheit. Gegen die Ablehnung ist Berufung an die nächste Mitgliederversammlung zulässig. Die Wiederaufnahme eines freiwillig ausgeschiedenen oder ausgeschlossenen Mitgliedes kann nur durch Beschluß einer Mitgliederversammlung erfolgen.

§ 6. Jedes Mitglied hat einen monatlichen Beitrag im voraus zu entrichten, der von der Kasse der Landesversicherungsanstalt Schlesien bei der Zahlung des Gehalts oder Lohnes in Abzug gebracht werden kann. Der monatliche Beitrag beträgt bei einem Einkommen bis 2000 Mk. sowie Pensionäre und Witwen 1 Mk., über 2000 Mk. 2 Mk. Jedem Mitglied steht es frei, zu einer höheren als für ihn vorgeschriebenen Beitragsklasse Zahlungen zu leisten. (Höhe ist nicht angegeben.)

§ 15. Besondere Bestimmungen. Zur Durchführung seiner Aufgaben bedarf der Verein ständig engerer Stellung mit den bestehenden Beamten-, Angestellten- und Arbeiterausschüssen. Es ist durch den Vorstand dahin zu wirken, daß die genannten drei Ausschüsse Vorgänge von allgemeiner Bedeutung dem Vorstande des Vereins mitteilen und über ihre Erfahrungen berichten, sowie, daß sie bei Unstimmigkeiten untereinander oder mit der vorgesetzten Dienst-

Semmelweis.

Von Baron Alfred von Berger.
(2. Fortsetzung.)

Das Leben schmeckt Semmelweis. Trotz seines ungeheuren Fleißes stürzte er sich mit wahrer Vollust in die vergnügliche Flut des allwärtigen Lebens, machte alles mit, was lustig war, und genoh, was er erschnappen konnte. Die Wiener Kost mündete ihm, namentlich die Reispfeisen. Eine gehäufte, volle Schüssel dampfender Zweifelhafentüdel aufzueffen, war ihm ein Leichtes. Er konnte alle Wirtshäuser, wo die besten Bissen und die feinsten Tropfen zu haben waren. Im Leopoldstädter Theater konnte man bei den Spähen Restrops und Scholz' sein schallendes Gelächter aus den lauten Heiterkeitsausbrüchen des Publikums heraus hören. Er lachte wie ein Kind. Es kam ihm vor, daß er über einen harmlosen Spah so ins Lachen geriet, daß er nicht aufhören konnte und den Zuschauerraum auf eine Weile verlassen mußte, um sich zu beruhigen. Aber auch das Burgtheater besuchte er eifrig und reizte nachher in der Kneipe seinen Freund Kollettschla durch seinen glühenden Enthusiasmus für Schiller oder Hamlet zu den ironischsten Ausfällen. In einem Paroxysmus des Entzückens aber verlegte ihn die Wiener Frauen. Er konnte sich nicht sattfressen an ihren hübschen „Handeln“, wie er in seinem ungarisch gefärbten, singenden Deutsch sagte, und hatte allezeit ein Paar roter Lippen zur Verfügung, um seine Diebesüberfälle körperlich zu entladen. Ob diese Lippen einem hübschen Dienstmädchen gehörten oder einer eleganten Dame, war ihm gleichgültig. Wenn's nur ein „Weibert“ war. Hing doch sogar seine Vorliebe für die Gynäkologie und Geburtskunde mit der Färslichkeit zusammen, mit der er das gesamte weibliche Geschlecht umfaßte. Man mußte ihn beobachten, wenn er ein hübsches Weib ansah; etwas Lieblosens, Gerührtes schwamm in seinem Auge. Man merkte ihm an, daß er sie und alle Weiber, ja alle Menschen am liebsten vor Färslichkeit erlitt hätte aus Dankbarkeit dafür, daß es so süße, laubere Geschöpfe auf Erden gab.

Überhaupt war sein starkentwackter Genußsinn von seiner werttätigen Menschenliebe nicht zu trennen. Er hatte etwas von barbarischer Vollnatur in sich; wenn sich ein Organ in ihm regte, so taten die andern von selber mit. Der geistigen Fähigkeit des Kulturmenschen, die einzelnen Funktionen des Geistes isoliert zu üben, war er nicht mächtig. Immer war der ganze Mensch dabei. Wenn ihm eine Speise oder ein Glas Wein schmeckte, so wurde das Vergnügen, das er verspürte, sogleich zu einer Aufwallung des Wunsches, allen Leidenden zu helfen.

Im Semmelweis so recht in seinem Element zu sehen, mußte man ihn auf einem der Besuche begleiten, die er von Zeit zu Zeit seiner Tante machte, die in Niederösterreich unweit der ungarischen Grenze ein Gut besaß. Sie hatte viele Kinder, von denen zwei heiratsfähige, hübsche Mädchen waren, während die jüngeren im Alter von 4 bis 12 Jahren standen. Für groß und klein, alt und jung, Mann und Weib, Herrenleute und Dienstboten, ja, man möchte hinzusetzen, für Kind und Pferd, Hund und Hahn, war es immer ein Festtag, wenn der „Herr Doktor“ oder der „Onkel Razi“, wie die Kinder sagten, aufs Gut kam. Denn er brachte eine solche Fülle brauendens, lachendens und lachendens Lebens mit sich, daß der Gutshof allen, wenn er wieder fort war, durch einige Tage wie ausgehorben erschien. Im Hochsommer 1846 entschloß er sich wieder zu einem solchen Besuch.

Er hatte vor zwei Jahren den Doktorgrad erworben, und im zwischen, auf das Freiwerden einer ihm zugehenden Stelle im Allgemeinen Krankenhaus wartend, seine Studien eifrig fortgesetzt. Im Sommer 1846 war der Posten eines Assistenten an der für Studierende bestimmten ersten Gebärtnis als erledigt ausgeschrieben. Semmelweis bewarb sich um diese Stelle. Mit Ungeduld wartete er auf die Entscheidung, die sich hinauszog. Es war drückend heiß im sommerlichen Wien. Da kam Semmelweis auf die Idee, zwei Tage bei seiner Tante zuzubringen. Kollettschla lud er ein, ihn zu begleiten. Seine briefliche Anfrage beim „Lanterl“, ob sein und

behörde, die zu einer Verständigung nicht geführt haben, sich zunächst an den Verein wenden.

§ 16. Die Tätigkeit des Vereins soll sich unter anderem erstrecken auf: 1. Beschaffung von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen, 2. Darlehensvermittlung, 3. Ergänzung der bestehenden Kranken-, Unfall- und Hinterbliebenenfürsorge, 4. Beratung und Unterstützung von Mitgliedern und deren Hinterbliebenen, 5. Fortbildung der Mitglieder und Förderung der im Vorbereitungsdienste befindlichen Beamten und Angestellten.

So sieht die Interessenvertretung der Arbeiter in diesem Vereinchen aus. Die Tätigkeit des Arbeiterausschusses wird unterbunden. Man fürchtet öffentliche Anklagen. Denn im Hauptgebäude ist heute noch eine Familie (Vater, zwei Töchter und ein Sohn) in Stellung, die doppeltes Wohnungsgeld beziehen, während man Arbeiter, die Familienväter sind, um zu sparen, anläßt. Den Beschäftigten rufen wir zu: Heraus aus diesem Karmeladenverein, in dem Landesräte und Sekretäre eure Interessen „vertreten“ wollen. Kettet diese gelbe Sumpfpflanze mit der Wurzel aus, indem Ihr Mann für Mann unserem Verband beitretet. Nur dieser ist imstande, eure Lebenslage zu verbessern!

Der alte Topf kehrt wieder.

Das Personal in den bayerischen Heil- und Pflegeanstalten war früher nahe an der Sklaverei angelangt. Eine Gegenrede gab es nicht. Wer es dennoch wagte, der stog aus der Anstalt. Durch die politische Umwälzung wurde es etwas freier. Das Personal konnte sich als Mensch betrachten. Um so erzürnter waren andere Leute. So geht es nicht, so darf es nicht weitergehen, erscholl es aus dem Munde der Vorgesetzten. Die niederbayerischen Anstalten waren noch nie im Geruch, recht freiheitlich zu sein. Frei organisieren war nicht genehm, nicht einmal die Christlichen wurden besonders gebildet. Und nun jetzt auf einmal die Freiheit des Personals. Statt der früheren 15—17 Stunden täglichen Arbeitszeit nur mehr die zehnstündige; die achtsündige Arbeitszeit strebt man an, wobei der Kampf um dieselbe sehr ernst geführt wird. Jetzt glauben die Herrschaften in Deggenedorf, die Zeit zum Antreiben sei wieder gekommen. Redigalkrat Dr. Kundt behandelt den Personalausschuß in recht spitziger Weise. Er meint: jetzt sei eine Schlamperlei, die alten Pfleger wirken nicht erzieherisch auf das junge Personal ein; der Dienst ist nur mehr eine unlieb-

same Unterbrechung der freien Zeit und es würden nur mehr wahnsinnige Forderungen gestellt, während der Dienst vernachlässigt wird. Mit Recht stellen hier die Beschäftigten die Frage: „Was der Personalausschuß nur Pflichten oder auch Rechte?“ Im ersteren Falle könne der Ausschuß eingesparrt und diese Sachen direkt dem Oberpflegerpersonal übergeben werden. Kom Rechte verspürt der Ausschuß bei Leibe nichts. Er hat es auch satt, für die Dauer nur die spießfindigen Reden des Herrn Redigalkrats Dr. Kundt einzustucken. Es hat den Anschein, als sei alles gegen das Personal mobil gemacht. Zwei Aufsichtspfleger laufen sich die Füße wund, um ja recht viele Meldungen zu bringen, denen dann der Oberpfleger mit der Amtsmiene folgt und der auch in jeder Suppe ein Quar findet. Dinge, die früher gar nicht beachtet wurden, werden jetzt zu einer Staatsaktion gemacht. So wurde kürzlich ein junger Pfleger angesprochen, weil er den Bestenknopf nicht eingeknüpft hatte. Der Oberpfleger Englberger ist verantwortlich der Treiber; das Personal verlangt die Abberufung dieses Herrn, der seinen Diensten nicht mehr gewachsen ist und früher, als die Pfleger noch Sklaven waren, ein guter Herr für sie war. Die neue Zeit verdreht ihm den Kopf, was angestrichelt seiner 45jährigen Tätigkeit in der Anstalt durchaus nicht verwunderlich erscheint. Die Behauptung, daß die Wohnungsnot seine Entfernung nicht zuläßt, ist nicht stichhaltig. In der Anstalt selbst ist ein ganzer Pavillon ein volles Jahr leer, da könnten zwei bis drei Wohnungen geschaffen werden. Warum macht man das bei dem Wohnungsleud nicht? Der Oberpflegerin Pfaffinger will die neue Zeit gleichfalls nicht recht einleuchten. Auch sie meint, es könne nicht so bleiben, die alten Verhältnisse (Sklabenjoch) müssen wiederkehren. Jedes zweite Wort: „Wenn ihr nur recht viel verlangen könnt, den Dienst laßt ihr sein.“ Mit den Pflegerninnen geht man besonders hart um. Entlassungen sind an der Tagesordnung; zwei bis drei auf einmal sind keine Seltenheit. Ja, ja, den Herren schwillt der Ramm. Man wiegt sich wieder in der alten Zeit. Jetzt braucht das Personal nur mehr Beamteigenschaft und der Sklave feiert seinen neuen Triumph. Wenn es jetzt noch nicht verständlich ist, warum dem Pflegepersonal so pöblich und ganz ohne seinen Willen der „Beamtenittel“ verliehen werden soll, dem wird es nicht mehr begreiflich gemacht werden können. Es soll bedeuten die Schwinge um den Hals und Mund halten für alle Zeiten. Schon heute sei gesagt, daß den Herren, und wenn sie sich auch noch so bemühen, die Bäume nicht in dem Himmel wachsen. Die Organisation bürgt dafür. W.

seines Freundes Besuch willkommen sei, wurde mit einem erfreuten „Ja“ beantwortet. Da mietete Semmelweis ein sauberes, mit zwei schlanken Braunen bespanntes Fuhrwerk, das er in eigener Person kutschierte, und fuhr mit Kolletscha hinaus. Nach drei Stunden erreichten sie das Gut.

Schon während der Fahrt war Semmelweis schler Knabenhaft vergnügt. Mit den Augen vor Sonne zwinkernd, sog er den erdigen Getreide Duft ein, der von den Feldern zu beiden Seiten der Straße wehte. Prachtvoll stand das Getreide in diesem Jahr. Seln lattes Goldgelb, das dicht die Busen des segneten Ackerlandes überdeckte, hob sich von dem hiedunstigen, ins Violette spielenden Himmel ab, der sich gegen den Horizont hin bräunlich verdükkerte. Die Ernte hatte soeben begonnen. Allenthalben in den Feldern erblickte man die Köpfe der Schnitterkolonnen und vernahm man das mähdende Geräusch der blanken klingenden Sensen, welche die Garben niederlegten. Da und dort im Schatten sah man einen dunklen, bauchigen Krug, der Rührung von der glühenden Arbeit für Ermattete in seinem Dunkel barg. Semmelweis wäre am liebsten vom Wagen gesprungen, um mit Hand anzulegen. So begeisterte ihn das Schauspiel, „wie die armen Menschen ihr Brot einerneten“, wie er sich fast gerührt ausdrückte. Dabei verschwieg er nicht sein Mitgefühl für die von den Schnittern aufgeschreckten Rebhühnerdöcker, namentlich, wenn die Jungen noch klein waren, und im Aufschwimmen ängstlich zwischerten. Er äußerte sein Mitleid durch einen eigentümlichen, magyarisch gefärbten Laut, der wie „Jöi, jöi“ klang. Er ließ ihn immer hören, wenn er ein hübsches und herziges Lebendiges leiden sah. Fast mit einem Freudenschrei: „Wein! Wein!“ begrüßte er die ersten Weingärten an einem die Straße säumenden Hügelgehänge. Der Segen, der sichtbar auf der Heimat lag, — denn damals empfand das österrreichische Gefühl die Leitha noch nicht als Grenze —, stieg Semmelweis zu Kopf wie junger Most. Er war wie berauscht. Alles machte ihn noch glücklicher. Wenn hoch im Blau eine Lerche trillerte, suchte er aufwärtsblickend den singenden Punkt zu entdecken so daß sein ernstester Begleiter ihn mehrmals mahnen mußte: „Schau gefälligst

auf die Pferde und die Straße, sonst fallen wir noch vor lauter Entzücken über die Entdeckung der Lerche in den Graben.“

Als der Wagen in den Gutshof einfuhr, wurden die Gäste von einem lauten, fröhlichen Durcheinander aller möglichen menschlichen und tierischen Stimmen und Laute begrüßt. Mit hellen Stimmen schrien die Kinder: „Onkel Razil Onkel Razil!“, dazu bellten etliche große und etliche kleine Hunde, die Gänse schrien und zickten, die Hühner gackerten, ein Schwarm Tauben slog brausend auf, Kuhgebrüll, Pferdewiehern — es war, als ob Semmelweis' Ankunft alles Lebendige zu begeisterten Lebensäußerungen anseuere. Nachdem Semmelweis das „Tanterl“ begrüßt, seine Cousinen welsch abgelukkt, jedes Kind einzeln aufgehoben und geliebt, und Kolletscha den Damen vorgestellt hatte, bat er seine Tante, ihm gleich eine Senze zu geben. Er halte es nicht aus, er müsse bei der Ernte ein wenig mittun. Schnell entledigte er sich seines Rodes, vertauschte seinen Hut mit einem leichten, breitkrämpigen Strohdedel und eilte, begleitet von den lachenden Cousinen und den Kindern, ins Feld hinaus. Als Kolletscha, der sich inzwischen gewaschen und umgelleidet hatte, wieder auf den Hof kam, kehrte Semmelweis eben wie ein Triumphator von der ungewohnten Schnitterarbeit zurück, die er nach Versicherung aller ganz ausgezeichnet geleistet hatte. Er sah wirklich prächtig aus, die Senze in der nervigen Rechten, das Hand auf der Brust offen, die Kermel aufgestülpt. Die Sonne, die durch die Klempe des Strohhutes strahlte, umgab sein gerötetes Gesicht mit einem feurigen Leuchten. Es war, als ob das hellrote, erhitzte Blut durch die Haut schiene. Sein breites, bauernhaftes Lächeln ließ die blanken Zähne sehen. Klarer, geruchloser Schweiß lief ihm in perlenden Tropfen über Gesicht und Brust, man wußte nicht, ob vor Sonnenglut oder vor Lebenswonne. „Tanterl“, rief er, „jetzt ein Glas Bier!“ Alle Einwände, er sei zu erhit, abweisend, legte er den Krug an und ließ den kühlen Trunk langsam, genießend, vor Entzücken vergehend, in den heißen, pulsierenden Hals strömen. Allen war dabei, als hätten sie selbst getrunken. „Sol!“ rief er aufatmend, „jetzt sag' mir, Tanterl, ob du Arbeit für mich hast? Sind Kranke

Der „Christliche“ Delegiertentag.

Kast unbemerkt sind am 25./26. Oktober in Berlin die „Christlichen“ Krankenpfleger des Deutschen Verbandes (Deutsche Zentrale) zusammengekommen. Sie wollen jetzt nicht mehr ihrem alten System folgen, sondern werden jetzt einen neuen, früher viel bekämpften Weg gehen und auch das Betriebspersonal der Anstalten in ihre Reihen aufnehmen. Die Verbandsleitung berichtete über die verflochtenen Jahre, die Kassen-erfolge und das nun bringende Wirken im letzten Jahre. „Der Krankenpfleger“ berichtet hierüber nach 1 1/2 Monaten, zwar spät, dafür aber nur zur Hälfte, und hat den Schluß erst im nächsten Jahre erscheinen lassen. Da die Tagespresse nichts über diesen Verbandstag brachte, können auch wir erst heute darüber einiges sagen. Viel ist es nicht, denn der Verbandstag gab nur kund, daß er weiter „christlich“ wirken will. Der Zug der neuen Zeit konnte nicht bemerkt werden, ein Botschlag zum fortschrittlich-gewerkschaftlichen Wirken wurde nicht gesagt. Dagegen wurden einige Errungenschaften der Revolution gepriesen, als wären die „Christlichen“ nie ihre Gegner gewesen. Seit 10 Jahren schon trat der Vorkämpfer für den Achtstundentag ein. Ist es möglich? Wenn das bei allen Christen, echten und unechten, der Fall gewesen wäre, müßten wir den Achtstundentag doch schon längst gehabt haben. Die Sache wird wohl etwas anders gewesen sein, ähnlich wie die in derselben Stunde gebrachte Erklärung, „daß sie die Mitglieder nicht im materialistischen Geiste erziehen wollen, wodurch ein moralisches Liebergewicht hergestellt wird“. Ständesfragen, Ausbildung, auch Tarifverträge wurden behandelt. Ueber Ständesfragen wurde fälschlich behauptet, daß die Leitung des christlichen Verbandes von Fachleuten aus dem Beruf gebildet wird, während im sozialdemokratischen Verband Leute an der Spitze ständen, die den Beruf aus eigener Erfahrung nicht kennen. Warum Streiter immer wieder diese Frage aufstellt, ist nicht recht verständlich. Wenn dieses denn tatsächlich so hochwichtig ist, wäre es doch für seine Mitglieder interessant zu wissen, ob er denn selbst etwas vom Krankenpflegeberuf versteht. In unseren Kreisen gilt ein Mann, der, wie Herr Streiter, kaum ein Jahr den Wärtersittel trug, noch lange nicht als Sachmann der Krankenpflege. An den Erfolgen gemessen, müßten in der Leitung unseres Verbandes mehr Fachleute sitzen als dort, was aber auch nachweislich der Fall ist! Ob aber die Krankenpfleger so hohen Wert darauf legen, von wem die errungenen Erfolge erkämpft und vertreten wurden, ist doch sehr zweifelhaft. Dagegen werden die Kollegen erkennen müssen, daß in der Ausbildungsfrage

bei den „Christlichen“ und auch von uns gearbeitet wurde, mit dem Unterschied, daß man dort über die vielfach und seit Jahren nachgedruckten Richtlinien nicht hinauskam, während in Jena unsere Konferenz bewies, daß unser sachmännisches Ziel ist: neuzeitlich ausgebildetes ärztliches Personal.

Die errungenen Erfolge, die in den neuen Tarifverträgen festgelegt sind, wurden als Früchte der erstarrten Arbeiterorganisationen bezeichnet. Welcher? Die Bademeister mit ihrem Tarifvertrag sind als Beispiel angeführt. Wörtlich heißt es im Bericht: „Also erst durch die Organisation sind wir so weit gekommen, daß wir den Arbeitgeber zwingen können, sich mit uns zu einigen.“ Welche Organisation war es, auf die Bezug genommen werden konnte? Nur der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter! Beweis: Der neueste Tarifvertrag für das Badgewerbe wurde vor dem Einigungsamt des Gewerbebezirks in Berlin abgeschlossen. Die als Vertreter der Arbeitnehmer erschienenen Kollegen waren alle Mitglieder unseres Verbandes, der auch die Verhandlungen eingeleitet hatte. Noch nicht einmal als Zuhörer war ein christlicher Vertreter anwesend. Die Beiträge wurden auf 8 Mk. für alle Mitglieder und 4 Mk. für die, die zahlen wollen, erhöht. Das ist immerhin ein Anfang zu besserer gewerkschaftlicher Tätigkeit. Ueber den Schluß der Tagung sollte in der nächsten Nummer des „Krankenpflegers“ berichtet werden. „Der Krankenpfleger“ hat aber inzwischen sein Erscheinen eingestellt. In angeblich „neuem“ Gewande erscheint die Zeitschrift jetzt unter dem Namen: „Krankenpflege“. Das Organ des „Bundes des ärztlichen Hilfspersonals Deutschlands“, das unsere Wissens jetzt auch wieder erscheint, führt zwar seit acht Jahren denselben Namen, aber was schiebt das Streiter und seinen Genossen. Die christliche „Krankenpflege“ berichtet, daß jetzt auch der Verbandsname geändert, ein Beamter neuangestellt und über Beamtenverbände diszipliniert wurde. Die „Beamtenvereine“ wollen die beamteten Pfleger in ihre Reihen aufnehmen, die Pfleger dagegen wollen nicht auf ihren Verband verzichten. Ueber Loxow wurde einiges gesprochen, das große Bekanntheit hatte mit Wassergängen aus verstopften Fetten. Der angeführte Terrorismus soll angeblich durch Druck auf die Arbeitgeber ausgeübt sein, was doch gegen früher die Rollen vertauscht sind. Unsere Kollegenchaft kann nicht mehr durch Terrorismus beeinträchtigt werden. Unsere Erfolge sprechen genügend für uns und die Lebertätigkeit „Christlicher“ Mitglieder beweisen das Verständnis für unsere Bewegung. Der Mitgliederbestand unserer Reichssektion „Gesundheitswesen“ wird früher

da, denen ich helfen kann?“ Auf die Bemerkung, das habe Zeit bis nach Tisch, bestand er auf seinem Willen. „Sonst schmeckt mir das Essen nicht, Lanterl,“ fügte er hinzu. Nach Betreuung etlicher Patienten im Dorf bat er um die Erlaubnis, vor Tisch noch rasch ein Bad nehmen zu dürfen, und begab sich mit Kolleischka zum großen Teich unweit des Gutes. Als er seinen warmen, sonnenburchglühenden Körper kopfüber in die kühlende Flut stürzte, brüllte er vor Wollust. Kolleischka sah ihm, eine Zigarre rauchend, vom Ufer aus zu, wie er ein Weitschwimmen mit einer Entenmama begann, die, umgeben von ihren flaumhaarigen, dottergelben Jungen sich auf dem Teich herumtummelte. Trotz der unpassenden Situation entspann sich bald zwischen Kolleischka und dem schwimmenden und pustenden Semmelweis, dessen runder Kopf mit dem nassen Haar dem eines Walrosses gleich, der übliche wissenschaftliche Streit, wobei Semmelweis schließlich statt Argumenten-Wasserstrahlen wider seinen Gegner schleuderte. Zwei Tage vergingen den jungen Leuten auf dem Gut. Semmelweis schwamm in Behagen und Fröhlichkeit. Hier umspülte ihn von allen Seiten das starke, gesunde Leben der Natur. Er hörte es ringsum gackern und schnalzen, blöken und summen, wenn er auf einem Heuhaufen lag und in die blaue, stimmernbe Luft starrte. Er konnte hübschen, jungen Damen den Hof machen und in der Scheune oder im Küchengang gelegentlich eine junge, saubere Dirne, die sich an ihm vorbeidrücken wollte, um die Taille fassen und ihr den zum Schreien geöffneten Mund mit einem kaffigen Ruß schließen. Stundenlang konnte er mit Kindern spielen, ließ sie auf seinen Schultern reiten und ward selbst zum ausgelassenen Knaben. „Du benimmst dich wie ein Trottel,“ sagte Kolleischka einmal zu ihm. Besonders Vergnügen machten ihm, der für alles frisch ausgeschlagene, noch tolpatschige Leben Sinn hatte, ein paar junge Hunde. Zum Gaudium der Kinder und der jungen Damen lugelte er mit ihnen im Gras herum und ließ sich von ihnen am Schnurrbart und an dem Kraushaar auf seinem gelehrten Kopf zupfen. Das mahrende Geräusch der fressenden Röhre im Stall, das Schäumen der frischgemolten Milch, alles verfolgte er mit schier sinnlichem Vergnügen. Der

Anblick tierischen und menschlichen Gedeihens erfüllte ihn mit Wohlbehagen. Einmal streckte ihm eine Kuh, die lange Junge redend, den Kopf entgegen; er drückte ihr einen Kuß auf das warmknauende, feuchtglänzende Maul. „Die ist zu lieb, Lanterl,“ sagte er. So nahe stand diesem von unverbrauchter Kraft tropfenden großen Rinde die Natur.

Für den Abend des zweiten Tages hatte die Tante zu Ehren ihres Neffen und zur Freude des Schnittervolkes eine Zigeuner-musikbände auf den Gutshof beschieden. Eben sollte sie nach dem Nachtstuhl zum Tanz aufspielen, als ein Bote aus der benachbarten Stadt ein amtliches Schreiben für Semmelweis brachte. Er brach es hastig auf: es enthielt seine Bestellung zum Assistenten an der Gebärtsklinik. Freilich nur provisorisch auf vier Monate; aber das tat dem Jubel, der stürmisch aus ihm hervorbrach, keinen Eintrag. Er umfaßte eine seiner hübschen Cousinen, warf dem Zigeunerprimas etliche Silbermünzen hin und begann zu tanzen. Die Burtschen und Dirnen des Gutes folgten seinem Beispiel. Er tanzte nicht wie ein gestitteter Herr, sondern wie ein Naturmenschen, alles darüber vergessend, fast bachantisch. Alles Weibliche auf dem Hofe schwenkte er herum, sogar die schwerfällige Tante. Dazu sang er ab und zu und ließ laute Luchzer durch die mondhele Sommernacht erschallen. Er war in einer Kaserel der Freude. Alles Silbergeld, das er bei sich hatte, gab er nach und nach dem Primas. Schließlich legte er sich, ein wenig angetrunken, obwohl er viel vertrug, zu diesem hin und ließ sich schwermütig-feurige helmatliche Wellen nach magyarischer Sitte ins Ohr sieden. Die Löwe einlaugend, schloß er, wie in Wonne oder Weh, und Tränen flossen ihm über die Wangen. Horchend, vom Tanzen müde, stand alles um ihn und den gelenden Zigeuner herum. Nüchtern erlebte Semmelweis, griff nach dem Herzen und ließ den Kopf sinken. „Was ist dir, Ignaz?“ rief die Tante erschreckt. Er aber erhob den Kopf und lächelte. „Nichts,“ antwortete er, „es ist nur das Glück, Lanterl, nur das Glück.“

(Fortsetzung folgt.)

mebe
blüf-
-Das
Im
achen
chten
für
ltand
egen
sch
in
achtet
wurde
kopf
unt-
teses
und
für
sicht
wun-
selbst
i bis
bei
will
meint,
hoch),
recht
Nega-
in des
hreit,
leben
ntem
Bem
al so
ver-
wand
renen,
dem
W.

Ent-
von
sichen
mmen
ellische
n, die
Kuh-
kunft
Nach-
sch ab-
tschka
eine
te ein
uschts
eilte,
Feld
leidet
ein
die er
er sah
stund
büch
ht mit
Blut
h die
per-
vor
te ein
ble er
d, vor
Allen
mend,
trante

50 000 erreicht haben als Streiter den gehnten Teil, trotzdem er jetzt auch das Betriebspersonal mitaufnehmen will. Im übrigen verkennen wir nicht, daß Streiter — wenn auch ungewollt — für uns mancherlei Vorarbeit geleistet hat und noch leisten wird, da manche Kollegin und viele Kollegen erst die christliche Vorstufe durchmachen, um eines Tages doch zu der Erkenntnis zu kommen, daß die freie Gewerkschaft die einzige konsequente Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Pflegepersonals ist.

• Aus der Praxis •

Im Operationsaal. An das Wunderbare grenzen die Erfolge, die im Anfange der siebziger Jahre durch das neue Wundbehandlungsverfahren wie mit einem Schlage erzielt wurden. Spätere, Hospitalbrand und sieberhafte Nachkrankheiten, die Geißeln der Hospitäler, verschwanden und neue und sühere, vorher nie gewagte Operationen konnten von nun an ohne Sorge um das Leben der Kranken und mit Anwartschaft auf einen sicheren Erfolg erfonnen und ausgeführt werden. Wie bei dem neuen Operationsverfahren in den Krankenhäusern erfolgreich in den menschlichen Körper eingegriffen wird, sei hier kurz geschildert. Vor jeder Operation erhält der Kranke, wenn es die Zeit erlaubt, ein Abführmittel und ein bis zwei Bäder. Die Operationsgegend wird stets unmittelbar vor Beginn der Operation reifert, mit warmem Seifenwasser abgebürstet und mit Aether abgerieben, die Umgebung des Operationsfeldes mit sterilisierten Leinentüchern bedekt. Die Hände der Ärzte und des Unterpersonals werden regelmäßig vor jeder Operation mit jedem größeren Verbandwechsel mit heißem Seifenwasser und sterilisierter Bürste mehrere Minuten lang gereinigt und zuletzt mit Sublimatlösung abgebürstet. Auf gründliche Reinigung der Fingernägel durch Nagelzweiger wird großes Gewicht gelegt. Die Instrumente werden unmittelbar vor jeder Operation in fünf Prozent Sublimatlösung gelocht, auf einer Glasplatte ausgebreitet und dem Operateur durch den Verbandpfleger zugereicht. Zur Narkose wird Aether verwendet; er hat sich auf das Beste im Krankenhause bewährt. Die Narkosen waren stets vollkommen und ruhig selbst bei Trinklern, ohne größere Ausregungszustände. Ab von Anfang an geübte Methode ist bald nur insofern abgeändert worden, als zunächst nur circa 15 Gramm Aether in die Maske gegossen wurden, und diese allmählich dem Gesicht genähert wird, so daß sich die Kranken nach und nach an den Aethergeruch gewöhnen, und dann erst nach zwei bis drei Minuten größere Quantitäten Aether nachgegossen werden. Meiner Chloroformnarkose bzw. mit vorgängiger Morphinum-injektion unter die Haut wurden nur bis zum Jahre 1889, und später nur noch in Ausnahmefällen bei vorgeschrittener Phthisis, bei ausgebreiteten Bronchialkatarrhen und bei Gesichtsoperationen vorgenommen. Die großen Vorteile der Aethernarkose vor der Chloroformnarkose bestehen zunächst in ihrer einfachen Ausführbarkeit, in ihrer Gefahrlosigkeit auch bei sehr schwachen Kranken, bei Herzkranken sowie bei Kindern und in der schnellen Wiederkehr des vollen Wohlbefindens nach der Narkose. Bronchialkatarrhe oder Lungenentzündungen sind im Gefolge der Aethernarkose nur in äußerst seltenen Fällen zur Beobachtung gekommen, sicherlich nicht häufiger als nach den früher gebräuchlichen Chloroformnarkosen. Bei den zahlreichen Fällen kleinerer Operationen wird häufig von der dritten Anästhesie durch Umschnürung kleiner Glieder mittels Gummischnur und gleichzeitiger Kokaininjektion unter die Haut Gebrauch gemacht und damit vollständige Gefühlosigkeit erreicht. Zur Gefäßerweiterung wird durchgehend Katgut verwendet. Nohe Darmkatte wird mit Seifenwasser abgewaschen, abgespült, dann 12 Stunden in Sublimatlösung gelegt, darauf wieder mit Wasser abgespült und bis zum Gebrauch in absolutem Alkohol aufbewahrt. Zur Bänderung wird in der Regel Seide benutzt, die eine halbe Stunde in Wasser gelocht und in absolutem Alkohol aufbewahrt wird. Zu weichen Näden ist Katgut oder Seide im Gebrauch. Die Gummidrainen werden, nachdem sie in Sodawasser gelocht sind, in Sublimatlösung aufbewahrt. Das Verbandmaterial besteht aus sterilisiertem Mull, aus dem auch die Tupfer hergestellt werden, aus sterilisierten Holzgabelstiften und weichen bzw. steifen Mullbinden. Jodoformmull kommt regelmäßig beim Verband tuberkulöser Wunden und Knochenbrüche zur Verwendung. Größere Operationswunden, besonders solche, bei denen eine Störung des septischen Verlaufs nicht ausgeschlossen erscheint, werden in der Regel mit destilliertem Wasser oder in einzelnen Fällen auch mit Sublimatlösung abgepült. Zur Heilung unter einem Verbande, die bei Knochen- und Gelenkresektionen und leichten komplizierten Frakturen nicht zu den Seltenheiten gehört, hat sich die Anwendung von Knochendrainagen und die Bedeckung der Wunden mit reichlichem Verbandmaterial und darüber gelegtem Gipsverbande sehr bewährt.

• Aus unserer Bewegung •

Göpping-Gez. Am 10. Dezember fand im Bahnhofrestaurant Gez ein äußerst zahlreich besuchte Versammlung für das Personal der beiden Heil- und Pflegeanstalten Göpping und Gez statt. Der große Saal war überfüllt; ein erfreuliches Zeichen für das große Interesse. Galt es doch, zur Frage der zukünftigen Gestaltung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse Stellung zu nehmen. Kollege Moser referierte über die Konferenz in Jena und über die Tarifverhandlungen in Nürnberg. Die Versammlung behandelte einstimmig ihr Einverständnis mit allen in Jena gefassten Entschlüssen, besonders auch mit dem neuen abgefaßten Titel der Sektion für „Gesundheitswesen“. Bedauert wurde nur, daß in Jena neben den wissenschaftlichen Referaten zu wenig Zeit blieb zur Erörterung der organisatorischen und wirtschaftlichen Fragen. Von den Anstaltsdirektoren wurde in Nürnberg vorgeschlagen, dem Pflegepersonal vom Eintrittstage an Beamtenverhältnisse zu verleihen, allerdings mit Rühnigungsrecht. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß dadurch der Mühsalstand zu Fall gebracht werden könnte und stimmte deshalb einstimmig dem Vorschlage zu, die ersten drei Jahre Tarifvertrag und tarifliche Entlohnung zu beantragen, um nach drei Dienstjahren Beamtenverhältnisse zu erhalten. Einstimmige Annahme fand ferner ein Protest an die oberbayerische Kreisregierung wegen rückwirkenden Abzuges von monatlich 20 Mk. für 1919 an der Ausgleichszulage beim ledigen Personal. Ferner fand folgende Resolution nach Begründung durch Kollegen Sebold einstimmige Annahme: „Die heute nach dem Bahnhofrestaurant Gez einberufene Versammlung für das gesamte Personal der beiden Heil- und Pflegeanstalten Göpping und Gez erhebt den schärfsten Protest gegen das Weiterverbleiben des Oberarztes Dr. Karl v. Höpflin im Dienst der Anstalt Göpping. Während der „Münchener Wirtin“ im Herbstjahr 1919 wurden unter der Ägide der Regierung auch in den Heilanstalten Göpping und Gez Betriebsräte gewählt. Diese beschäftigen sich ausschließlich mit wirtschaftlichen Angelegenheiten des Personals und der Kontrolle der Verpflegung und ernannten sich im übrigen völlig jeder politischen Tätigkeit. Kein Beamter wurde befristet; im Gegenteil. Obwohl nun Dr. v. Höpflin selbst dem Betriebsrat angehört, verhielt er sich beim Einzuge der Regierungstruppen in der niedrigsten und gehässigsten Weise gegen das Personal. Unser keiner aktiven Mitwirkung wurden Betriebsräte von Göpping und Gez verhaftet; er denunzierte diese dem Offizier gegenüber in der verlogenen Weise und legte im übrigen ein reaktionäres Verhalten an den Tag, das jeden gesitteten Menschen mit Abscheu erfüllte. Es war vom Personal nur noch als von den „Spartakisten“ die Rede. Die Seele aller der fortwährenden Treibereien war Dr. v. Höpflin, nicht ihm, sondern nur dem Offizier und vor allem einigen vermittelnd eingreifenden Kollegen ist es zu danken, daß die verhafteten Betriebsräte noch am Leben sind, die nach ein paar Stunden wieder freigelassen worden wären, weil trotz aller Rache kein Schuld an ihnen gefunden werden konnte. Es ist niemand unter dem Personal, der diesem Vorgehen, Dr. v. Höpflin, Bettrauen und Achtung entgegenbringen könnte. Er ist der gleiche, der kurz nach der Ägide in der gleichen Angelegenheit in einer Münchener Tageszeitung als Verleumder gekennzeichnet wurde, ohne daß er bis jetzt Einspruch dagegen erhoben hätte. Im Interesse eines geordneten Dienstes und einer ruhigen Entwicklung fordert das Personal die unerbittliche Verweisung des Dr. v. Höpflin. Das Personal lehnt es mit aller Entschiedenheit ab, mit ihm noch länger zusammenzuarbeiten und überantwortet alle sich etwa aus einer Nichtverweisung ergebenden Folgen der Regierung.“ Des weiteren ersuchte Kollege Moser nach in einem ernsten Appell für den Verband zu wirken, die sozialistische Presse zu abonnieren und zu lesen. Am Schluß fand noch eine Resolution an das Reichsarbeitsministerium begeisterte und einstimmige Annahme. In dieser Resolution wird ausgesprochen, daß der Achtstundentag für das Pflegepersonal fast ausnahmslos gesetzlich festgelegt ist und gegen die Verwirklichung absichten der Anstaltsleitungen protestiert wird. Im Gegenteil soll die achtlündige Arbeitszeit allgemein eingeführt werden. Die Versammlung erklart darin nur das Mittel, die anerkannten Verhältnisse in der sozialen Lage des Pflegepersonals zu bessern. Die Versammlung erwartet, daß die vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter dem Reichsarbeitsministerium übermittelten Änderungsanträge volle Berücksichtigung finden und fordert die sofortige Einberufung der Kommission zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfes.

Gießberg i. Rhg. Im abgelaufenen Jahre haben wir durch unsern Zusammenschluß manches Gute erreicht. Manche ungerechte Schikane ist beseitigt worden. Demnachst muß der neue Tarifvertrag bis April 1920 fertiggestellt und abgeschlossen werden. Zwischen den Filialen Gießberg, Herborn und Weilmünste muß ein engerer Zusammenschluß stattfinden und ein Zentralausschuß gebildet werden, der alle wichtigen Fragen behandelt. Es darf ohne Gauleiter überhaupt nicht mehr mit der Bezirksverwaltung verhandelt werden. Der Ortsausschuß hat interne Angelegenheiten zu beraten und bei den Direktionen zu vertreten.

Alle Kollegen und Kolleginnen müssen hinter ihm stehen. Denn es darf nicht vorkommen wie in Gorbarn, daß ein Ausschußmitglied vor die Tür gesetzt wird, weil es in einer Sitzung dem Direktor gegenüber den Mut fand, offen zu sprechen. Sorge nun jeder dafür, daß wir in diesem Jahre unsere Wünsche und Forderungen durchbringen. Dieses geschieht am besten dadurch, daß jeder einzelne dem Verbands die Kreuze bewahrt, keine Querstreifen oder sonst schädlich wirkt, nur dann, aber auch nur dann sind wir in der Lage, allen Stürmen Trost zu bieten.

Ziel. Am 15. Dezember 1919 hielten die in sämtlichen Krankenanstalten beschäftigten Angestellten eine gut besuchte Sektionsversammlung ab. Der neu gewählte Sektionsvorstand setzt sich zusammen aus den Kollegen Burger (Verbandsmitglied) als Vorsitzender, H. Rohwer (Städtisches Krankenhaus) Schriftführer, J. Schlichter (Mademische Heilanstalt) Beisitzer. Sodann wurde Stellung genommen zu dem Lohnplan der Unwerflichkeitskrankenhäuser und Heilanstalten, welcher am 31. März 1920 abläuft. Kollege Glap wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß es unbedingt notwendig sei, denselben zu ergänzen, weil die jetzt gezahlten Löhne nicht mehr mit den Kosten der Lebenshaltung in Einklang zu bringen sind. Die Entlohnung der Institutsangestellten ist bis jetzt überhaupt noch nicht geregelt, auch werden die Überstunden in den Instituten nicht bezahlt. Ferner wurde der Kampf der Anstaltsleitungen gegen den achtstündigen Arbeitstag einer scharfen Kritik unterzogen, alle Redner forderten die Anwesenden auf, voll und ganz dafür einzutreten, damit es nicht gelinge, uns die Vorteile, welche die Revolution gebracht habe, wieder zu entziehen. Eine Protestresolution wurde einstimmig angenommen und soll dem Reichsarbeitsministerium übermittlel werden. Die Praxis in den hiesigen Anstalten, in denen der Dienstwechsel durchgeführt ist, geht, daß für die Patienten keine Nachteile entstanden sind. Die Statistiken der Kranken- und Sterbefälle zeigen, wie unendlich es ist, lange Arbeitszeiten von 12 bis 14 Stunden täglich in unserem schweren Berufe zu haben. Die Verammelten verlangen vielmehr, daß die noch bestehenden Ausnahmebestimmungen für das Personal der gemeinnützigen Anstalten umgehend beseitigt und der Achtstundentag auch für dieses Personal reichsgesetzlich festgelegt wird. Die Verammelten verpflichteten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen jede Verschönerung der Arbeitszeit anzukämpfen und stehen voll und ganz hinter der dienstbezüglichen Entschädigung der für sie maßgebenden Organisation, der Reichssektion Gesundheitswesen im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Des weiteren wurde der Wunsch geäußert, daß die Kollegin Friedrick-Verstah auch bei der hiesigen Kollegenchaft einen Vortrag halten möchte, die Ortsverwaltung wurde beauftragt, dies in die Wege zu leiten. In einem Schlusswort des Kollegen Markow wurden die anwesenden Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, rege für die Organisation zu werden, bis auch der letzte Mann sich uns angeschlossen hat, denn je einheitlicher wir zusammenstehen, desto leichter ist der Kampf.

Leipzig. Bei der Bege gegen den Achtstundentag in den Krankenhäusern dürfen natürlich die allduischen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ auch nicht fehlen. In der Abendausgabe vom 23. Dezember 1919 wird von angeblich ärztlicher Seite unter dem Titel „Der Achtstundentag und die Ärzte“ unter anderem folgendes geschrieben:

„In Arztkreisen macht sich mehr und mehr das Bestreben bemerkbar, eine der sogenannten Segnungen der Revolution, nämlich den Achtstundentag, für sich in Anspruch zu nehmen. Die Ärzte werden über kurz oder lang durch verschiedene Umstände gezwungen. Zunächst ist es einmal die schlechte Bezahlung, die sie zwingt, mit ihrer Arbeitszeit und ihren Arbeitskräften häuslicherisch umzugehen. Sie brauchen ebenfalls eine ausreichende Erholung für sich im schweren Kampf ums Dasein, der gerade bei den Ärzten weit ausreißender als bei den meisten Arbeitern und Angestellten ist. Sie müssen sich den Notgroßen für ihr Alter in der heutigen Zeit unter weit schwereren Bedingungen zu erproben suchen, als es bei diesen der Fall ist, und bekommen, abgesehen von den beamteten Ärzten, keinerlei Pension, wie die Beamten im allgemeinen. Dazu kommt noch ein anderer Umstand, falls sie in der unglücklichen Lage sind, Personal haben zu müssen, sei es zur Unterstützung direkt für ihren Beruf oder indirekt für die Schreibarbeiten usw., daß dieses nämlich ebenfalls auf den Achtstundentag pocht. Das Gehalt gilt in noch viel höherem Maße für öffentliche Krankenhäuser, Kliniken usw. Gerade bei uns in Leipzig hat der Verband der Ärzte, der Streik für wohlbekannte Korrespondenz des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Herr Biach, das Personal der genannten Anstalten unzufrieden zu machen gesucht, bekommt er doch für jedes neue Mitglied, das er für den Verband wirbt, 2 Mark bewilligt. Neben Erhöhung der Gehälter benutzt er als Zugmittel eben den Achtstundentag. — Was ist die Folge solcher Agitation? Es ist klar, daß unter diesen Umständen eine Doppelbesetzung der Stellen nötig wird, wodurch gleichzeitig eine unentgeltliche Erhöhung der Betriebskosten eintritt. Zwar sehen es viele Pflegepersonen sehr wohl ein, daß sich in den genannten Anstalten die Zeit von acht Stunden infolge der besonderen Um-

stände nicht abzurufen läßt. Sie werden daher freiwillig darüber hinausarbeiten, falls sich kein Demanziant findet, und erkennen damit an, daß das Verbot, solches zu tun, eine verwerfliche Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes der Pflegepersonen ist.“

In dem Artikel wird dann weiter auf die Gefahren hingewiesen, die der Achtstundentag für die Kranken, zum Beispiel bei Reuennahmen Schwerkranker, bei plötzlich auftretenden Wagnerskrankungen usw., mit sich bringt, sowie darauf, daß dadurch, daß die religiösen Schwestern nicht unter das Gesetz des Achtstundentages fallen, die anderen Krankenanstalten mit einer freien Pflegekraft konkurrenzunfähig werden. Zum Schluß fordert der ärztliche Artikelschreiber die Ärzte auf, baldmöglichst Schritte zu unternehmen, um den Achtstundentag aus den Krankenanstalten zu entfernen. — Durch die Einführung des Achtstundentages in den Krankenanstalten fast aller deutschen Städte (Leipzig macht eine unübliche Ausnahme) sind die Einwände gegen den Achtstundentag schlagend widerlegt worden. In allen diesen Anstalten ist gezeigt worden, daß bei einigermaßen gutem Willen der Anstaltsleitungen und der Ärzte die Klippen, die sich durch den Achtstundentag ergeben, leicht umschifft werden können. Daß unsere Mitglieder trotz der lieblichen Begeißelung „Demanziant“ dafür sorgen werden, daß die bekannte Freiwilligkeit, länger als acht Stunden zu arbeiten, nur in Notfällen eintritt, ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Wenn aber in dem Artikel gesagt wird: „Wer übernimmt die Verantwortung dafür, wenn das Pflegepersonal berechtigt oder gezwungen ist, mitten aus der zur Hilfeleistung in Notfällen notwendigen Tätigkeit herauszulaufen?“, so ist das ein Klößchen. Wir möchten den Pfleger oder die Pflegerin sehen, die das tut. Unsere Organisation würde dafür Sorge tragen, daß solche Elemente schneellsten die Anstaltsleitungen von draußen zumachen. Wenn weiter jener Artikelschreiber fürchtet, dadurch, daß die religiösen Schwestern nicht unter das Gesetz des Achtstundentages fallen, könnten die anderen Anstalten konkurrenzunfähig werden, dann wäre es doch das einfachste, der Artikelschreiber und die hinter ihm stehenden Kreise würden sich für die Anwendung des Gesetzes auf die Ordensschwestern einsetzen. Aber nicht zu dem Zweck, um die anderen Anstalten konkurrenzunfähig zu erhalten, die Krankenpflege darf kein Mittel privater Spekulation sein, sondern um auch diesem Teil des Pflegepersonals zum Achtstundentag zu verhelfen. Eine hübsche Charakteristik ihrer selbst gibt die „Ärztliche Seite“ der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ noch dadurch, daß sie von dem Angestellten unseres Verbandes sagt, er bekäme für jedes neue Mitglied, das er für den Verband wirbt, zwei Mark bewilligt. Dadurch sich der Herr Doktor erklären will, daß „Herr Biach“ das Personal der genannten Anstalten unzufrieden zu machen“ versucht. Diese alberne Unterstellung läßt sich nur daraus erklären, daß der Aermste seit Jahren Lesler der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ist. Aus dem Vorstehenden mag die Kollegenchaft ersehen, wie gegen den Achtstundentag gehet wird, und daraus die Erkenntnis ziehen, daß nur der einheitliche Zusammenschluß des Personals in unserem Verbande den in diesem Artikel gekennzeichneten Bestrebungen Einhalt zu bieten vermag.

Provinz Rheinland. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Provinzialverwaltung am 30. und 31. Dezember in Bonn hatten das Ergebnis, daß nunmehr auch die Lohnverhältnisse sowie die Arbeitszeit für das Personal der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten tariflich geregelt wurden. Von jeder Anstalt waren zwei Ausschußmitglieder zu den Verhandlungen zugezogen. Von den Gewerkschaften waren neben unserer Organisation der christliche Verband der Gemeindefreier und Straßenbahner sowie der christliche Verband der Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen, letzterer durch einen Herrn Inspektor K a n z i a aus Wachen, vertreten. Wir wollen von den Vereinbarungen hier nur das Wichtigste wiedergeben: Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Die Arbeitszeit für das Pflege- und Dienstpersonal, welches in Anstaltsbeschäftigung steht, beträgt wöchentlich 56 Stunden einschließlich täglich einer Stunde für die Einnahme von Mahlzeiten. Die Arbeitszeit wird in jeder Anstalt durch einen besonderen Dienstplan geregelt, welcher unter Mitwirkung des Arbeiterausschusses aufgestellt wird. Für die Arbeiter der Land- und Viehwirtschaft kommt die in der Landarbeiterordnung vorgesehene Arbeitszeit in Frage. Für Überstunden bis 9 Uhr abends werden 25 Proz., von abends 9 Uhr bis morgens 6 Uhr 60 Proz. und an den hohen Feiertagen 100 Proz. gezahlt. Der Lohn beträgt pro Monat für: 1. Pfleger, Pflegerin, Woten 450 bis 550 M.; 2. Pflegefrauen 350 bis 450 M.; 3. Verapflegter im 1. Jahr 350, im 2. Jahr 400 M.; 4. Lernpflegerinnen im 1. Jahr 280 M., im 2. Jahr 320 M.; 5. Küchenmädchen, Hausmädchen, Waschküchlein, Wägelrinnen 290 bis 330 M.; 6. Hausdiener, Angestellte der Land- und Viehwirtschaft, Nachwächter usw. 350 bis 500 M.; 7. Handwerker, Heizer, Maschinisten, Magaziniwärter, Chauffeurs usw. 500 bis 600 M. Die Anfangslöhne steigen jedes Jahr um ¼ der Gesamtspannung. Zu diesen Löhnen werden noch Anzahl an Verbeiräte (auch weibliche), die Entwürfer ihrer Familie sind, eine Zulage von 50 M. monatlich und für jedes zu unterhaltende Kind bis zum 18. Lebensjahre und, falls sich die Kinder in einer kostenverursachenden Berufsbildung befinden, bis zum 18. Lebensjahre weitere 50 M. Die Ledigen unter 20 Jahren der Lohngruppen 6 und 7 erhalten pro Jahr und Monat einen um 25 M. geringeren Lohn. Die Ledigen unter

30 Jahren der Wohngruppe 5 erhalten in der gleichen Weise einen um 10 Mk. geringeren Lohn. Die Verwaltung kann mit Genehmigung des Arbeiterausschusses höhere Löhne zahlen. Die vorkorrespondierenden Löhne gelten als Mindestlöhne. Für Kost und Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Wäsche werden monatlich 150 Mk. berechnet. Dienstwohnungen an Verheiratete werden, sofern vier Räume vorhanden sind, mit 60 Mk. monatlich berechnet. Miete für Mietwohnungen und solche mit weniger als vier Räumen wird von Fall zu Fall im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuß festgesetzt. Ein A. Gartenland wird je nach Güte im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuß mit 10 bis 20 Mk. jährlich berechnet. Diese Vereinbarungen gelten vorläufig bis zum 31. März d. J. Bis dahin sollen auch die übrigen Forderungen wie Urlaub, Zahlung des Lohnes in Krankheitsfällen, sowie die Aufschloß- und Hinterbliebenenversorgung geregelt werden. Bis zur Fertigstellung eines richtiggehenden Tarifvertrages bleibt also noch viel Arbeit. In den Kollegen und Kolleginnen wird es nun sein, tatkräftig mitzuwirken, um auf der endlich geschaffenen Grundlage weiter zu bauen und etwas Brauchbares zu schaffen. Aber das „Wie“ bedarf es wohl keiner Frage. Die Verhandlungen haben gezeigt, daß unser Verband die Grundlagen zu diesen Verhandlungen geschaffen hat, denn bei allen Forderungen wurde von den beiden anderen Verbänden gesagt, wir schließen uns dem an. Tatsache ist ferner, daß unsere Organisation treibender Faktor bei den Verhandlungen war. Deshalb kann es für das Personal der Provinzialheil- und -pflegeanstalten nur heißen: Hinein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Gesundheitswesen.

Uffahrt. In einer ausbesuchten Versammlung am 11. Dezember 1919 gab Kollege Barth einen ausführlichen Bericht von der Reichskonferenz in Jena. Zu den Wohnungsgesuchen derer Kollegen wurde berichtet, daß es dem Beamtenausschuß nicht möglich war, das Gewünschte zu erreichen. Auf Antrag wurde beschloffen, die Wohnungsmittel der hiesiger Anstalt der Öffentlichkeit zu übergeben. Der Fall Barth-Therese wurde zum Abschluß gebracht durch Überweisung dieser Angelegenheit an den Bund für Freirecht und Freirecht. Am 21. Dezember 1919 fand eine Weihnachtsfeier für Kinder statt.

Wandbet. Zwischen dem städtischen Krankenhaus in Wandsbek einerseits und unserer Organisation andererseits ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 vorläufig bis zum 30. April 1920 ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 48 Stunden. Die Festsetzung der Dienstpläne erfolgt durch die leitende Oberärztin mit der Personalverwaltung. Der Arbeitslohn besteht aus Barlohn und Sachbezügen. An Barlohn wird monatlich gezahlt: für staatlich anerkannte Krankenpfleger 170 Mk., für ungeprüfte Krankenpfleger 140 Mk., für ungeprüfte Näherinnen und Arbeiterinnen 130 Mk., die Oberköchin erhält 160 Mk., der Desinfektor und der Gärtner 150 Mk., Hausarbeiter, Köchinnen und Küchenmädchen erhalten 140 Mk., für Haus-, Stations- und Küchenmädchen ist der Betrag von 105 Mark festgesetzt. Die Verpflegung wird monatlich mit 90 Mk., die Wohnung nebst Licht und Heizung mit 15 Mk. und die Dienstkleidung ebenfalls mit 15 Mk. bewertet. Werden die Sachbezüge nicht oder nur zum Teil gewährt, so kommt der entsprechende Betrag zur Auszahlung. Solange die Haus-, Stations- und Küchenmädchen Dienstwohnung nicht erhalten, erhöht sich ihr monatlicher Barlohn auf 120 Mk. Näherinnen und Arbeiterinnen erhalten Tagelohn in Höhe von 6 Mk. und die volle Tagesverpflegung. Erholungsurlaub und Lohnfortzahlung bei kürzeren Veranlassungen und im Krankheitsfälle, sowie sonstige Vergünstigungen werden nach den allgemeinen Bestimmungen für die städtischen Arbeiter Wandsbeks gewährt. Das gleiche gilt für die Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung. Mit dieser Regelung hat das Personal einen anerkanntwertigen Erfolg errungen. Im März d. J. erhielten die Haus-, Stations- und Küchenmädchen noch einen Monatslohn von 40 Mk. bei 10- bis 12stündiger täglicher Arbeitszeit. Seit 1. April beträgt die Arbeitszeit täglich 8 Stunden und erhöhten sich die Löhne auf 80 Mk. pro Monat. Vom 1. Oktober an auf 120 Mk. Dasselbe Lohnentwöhnung trifft auch für die übrigen Gruppen der Beschäftigten zu. Die Organisation hat dem Personal gute Früchte getragen.

• **Rundschau** •

Ein Unentworfener aus der guten alten Zeit. Die Vergütung der Provinzialheil- und -pflegeanstalt in Bonn war im Schlichtungsausschuß beurteilt, sofort den achtstündigen Arbeitstag einzuführen und besonders den weiblichen Pflegerinnen, die heute noch 13 Stunden arbeiten, entsprechende Arbeitszeit und für die geleistete Arbeit Bezahlung zu geben. Außerdem sollte bis Ende des Jahres ein Tarif abgeschlossen werden. Die Vermählung der Organisation, nun auch zu verhandeln, hatte folgende Antwort zur Folge: „Wir lehnen es ab, uns von Ihnen vorschreiben zu lassen.

toans und wie wir mit unserm Personal verhandeln.“ — In demselben Hause spricht man von „frischem Dreckschwein“ und dem „Bauheinen korneln“, um die Organisationen einzubeden. — So sehr wir den Herren dankbar sind, wenn durch solche Auffassungen und an den Tag gelegte Klüden das Zusammengehörigkeitsgefühl der Anstaltsangehörigen fester denn je geschweigt wird, so sehr bedauern wir es, wenn in Kürze aus dem gesunden Wind Sturm entweht, der dann ohne Rücksicht auf Herrn Sanitätsrat Limpfenbach reine Dahn und dem Reichsgesetz Achtung bringt. An Agitationsarbeit wird uns jedenfalls manches erspart, nur tute man nachher nicht nach Galle vor den bösen, begehrlichen Pflegern und Pflegerinnen. Unschuldig war es jedenfalls, daß zur Verhandlung im Schlichtungsausschuß der von Düsseldorf herbeigerufenen Landesrat Müller überwunderbar mündlich und schriftlich geäußerte Wünsche und Behauptungen nicht im Bilde war. Man hatte diese höhere Verwaltungshilfe mit Nachrichten versehen, die absolut nicht den Tatsachen entsprechen. Das Personal wird erneut seine Forderungen einbringen und auch zur Erlangung seiner Rechte vor weiteren Schritten nötigenfalls nicht zurücktreten.

Die Tageszeitung im Dienste der Hygiene. Als im Jahre 1902 der Professor für Medizin in Posenland im „Berliner Intelligenzblatt“ einen Aufsatz über den Alkoholismus schrieb, geigte er eigentlich schon den Weg, den die angewandte Hygiene zu gehen habe, wollte sie in den breiten Massen Verständnis für ihre Ziele finden. Bis in die neueste Zeit hat aber Posenland Gegner gefunden, die an dem Schlagwort festhalten, medizinische Dinge gehören nicht in eine Tageszeitung. Dieser Standpunkt gibt auch die Erklärung für die Abneigung vieler Ärzte, die gerade besonders geeignet wären, sich in der Tagespresse zu wichtigen Fragen der Gesundheit zu äußern. Heute ist dies Verhalten um so weniger gerechtfertigt, als die Medizin mehr und mehr neben der individualisierenden Einzelbehandlung auf Grund der modernen pathologischen Erkenntnisse den vorwiegenden Schutz der Allgemeinheit als ihre Aufgabe ansieht. So ist z. B. eine erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten unmöglich, wenn sie erst beim Erkrankten anfängt; man muß den noch Gesunden über das angreifen, was seiner bei eventueller Ansteckung erwartet. Ganz ebenso muß die Mutter über Ursachen und Bedeutung der Säuglingssterblichkeit unterrichtet sein, soll nicht die Hälfte oft genug zu spät kommen. Und so liegen sich noch zahlreiche Beispiele anführen. Für sie alle kommt neben der Belehrung durch Vorträge, Proklamieren und Flugblätter die Tageszeitung mehr und mehr in Betracht. Dies hat auch der neugegründete Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung grundsätzlich anerkannt. Auf dem gleichen Standpunkt stellt sich in den Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Medizinverwaltung, die im Auftrage des Ministeriums des Innern herausgegeben werden, der Stadtsanitätsrat in Frankfurt am Main, Dr. Fischer-Dehlon. Er hält die Beschränkung der hygienischen Aufklärung auf die Fachpresse für nicht ausreichend. Aus der gleichen Erkenntnis gehen ja auch eine Reihe hygienisch tätiger Vereinigungen Korrespondenzen heraus. Da hierbei jedoch der Zusammenfassung des Lesepublikums sowie örtlichen Verhältnissen naturgemäß nur in beschränktem Umfang Rechnung getragen werden kann, ist die Tagespresse von sich aus berufen, durch Erörterung hygienischer Fragen der Allgemeinheit zu dienen.

• **Eingegangene Schriften und Bücher** •

Reisebuch der Pfaff. Von Dr. med. H. Müller, München-Gladbach. 675 Seiten. Mit 341 zum Teil farbigen Abbildungen nach Originalzeichnungen des Verfassers. H. Marbus und E. Hebers Verlag, Dr. jur. Albert Ahn in Bonn. Preis broschiert 23,40 Mk., gebunden 25,50 Mk. — Auf den Inhalt des Buches kommen wir noch zurück.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale: Groß-Berlin. — Sektion Gesundheitswesen.

Mittwoch, den 21. Januar 1920, abends 7 Uhr,
in der Aula des Sophien-Theaters, Weinmeisterstr. 16/17

Sektions-Versammlung.

Der Achttundentag in der Krankenpflege.

Referent: Stadtverordnetenportier Dr. med. Hermann Wehl.
Krankenpflegerinnen (Schwestern) sind zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen. Der Achttundentag soll vom Standpunkt des Arztes beleuchtet werden und über die Erfahrungen darüber in den Berliner Anstalten berichtet werden.
Die Berliner Kollegen werden aufgefordert, alle Schwestern auf diese Versammlung hinzuweisen.
Die Sektionsleitung.